

#SÜD-WEST 07. Februar 2019

# Sicher unterwegs: EVG Landesverband Rheinland-Pfalz trifft sich mit Vertretern des Verkehrsministeriums

In ihrer „Mainzer Erklärung“ fordert die EVG in Rheinland-Pfalz mehr Engagement für mehr Sicherheit und Respekt in Bus und Bahn. Über konkrete Maßnahmen hat der Landesverband jetzt mit dem Verkehrsministerium gesprochen. Hierbei konnten bereits erste Vereinbarungen getroffen werden.



In dem Gespräch hat sich gezeigt: Die Einschätzung aus dem Ministerium zum Thema Gewalt im öffentlichen Raum, insbesondere im Personennahverkehr, deckt sich mit der der EVG. Aber: Es gibt keine einheitliche Datenlage zu Übergriffen auf Beschäftigte bei Bus und Bahn. Der EVG Landesverband fordert deshalb den Aufbau einer landesweiten zentralen Datenbank, damit

z.B. Risikostrecken identifiziert werden können. Eine Forderung, die die Vertreter des Ministeriums für umsetzbar halten und die sie jetzt auch mit den verantwortlichen Zweckverbänden besprechen wollen.

Darüber hinaus haben die Kolleginnen und Kollegen des Landesverbandsvorstandes weitere Forderungen der EVG erläutert. Etwa, dass die Aufgabenträger von den Bietern zwingend ein Sicherheitskonzept verlangen müssen. Denkbar wäre auch eine Flexibilisierungsquote in den Ausschreibungen: Sie könnte es den Betreibern ermöglichen, Personal so zu disponieren, wie es den tatsächlichen Sicherheitserfordernissen entspricht (Stichwort: Doppelbesetzung von Zügen) – auch wenn dafür von den derzeit starren Vorgaben der Aufgabenträger abgewichen werden müsste.

Die Beschäftigten auf den Zügen tragen eine hohe Verantwortung für die Sicherheit und sind das „Gesicht“ des Verkehrsunternehmens, des Netzes und auch des Aufgabenträgers. Eine fundierte Ausbildung und Qualifizierung ist daher zwingend notwendig. Dazu gehören auch regelmäßige Schulungen, insbesondere hinsichtlich Tarifbestimmungen, Erster Hilfe, Rechtsfragen (z.B. wie man Strafanzeige nach einem Übergriff stellt), Deeskalation und Selbstbehauptung, Kommunikation mit den Fahrgästen und interkultureller Kompetenz.

Die Vertreter des EVG-Landesverbandes brachten noch weitere Forderungen zur Sprache:

- Überarbeitung von Tarif- und Vertriebsregeln, die erfahrungsgemäß häufig zu Konflikten führen. Wir denken da z.B. an die Wiedereinführung des Fahrkartenverkaufs im Zug.
- Die Ausstattung von Fahrzeugen, speziell von Bussen, mit Videokameras, aber auch die Ausstattung der Polizei durch die Anschaffung entsprechender Computer und Software zur Videoauswertung.
- Einsatz von Bodycams, die zu einer Reduzierung von Vorfällen beitragen können. Auch die Ausstattung von Personal mit Abwehrmitteln sollte in Betracht gezogen und geregelt werden.